



Barthle-Brief

Nr. 16

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

7.11.2014

Thema der Woche:

Entscheidender Durchbruch für mehr Steuergerechtigkeit Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

100 Milliarden Euro gehen dem deutschen Staat jedes Jahr nach Schätzungen durch Steuerhinterziehung verloren – Geld, das für wichtige Aufgaben wie Bildung und Ausbau der Infrastruktur gebraucht werden könnte. Dem Verschieben von Vermögen und damit steuerpflichtiger Erträge per Knopfdruck in andere Länder und damit der Vermeidung von Steuern wird bald ein Riegel vorgeschoben. Im Kampf gegen grenzüberschreitende Steuerflucht und Steuervermeidung ist der Durchbruch gelungen.

Hintergrund: Am 28. und 29. Oktober 2014 hat das Bundesministerium der Finanzen unter Führung von Bundesminister Wolfgang Schäuble in Berlin die 7. Jahrestagung des Globalen Forums zu Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke ausgerichtet. Vertreter der Finanzministerien und Steuerbehörden aus mehr als 50 Ländern kamen dabei zusammen. Im Rahmen der Konferenz wurde ein internationales Abkommen über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen unterzeichnen. Mit diesem Abkommen wird die Bekämpfung der Steuerhinterziehung weiter vorangebracht, da steuerpflichtige Einkünfte im Ausland auf diese Weise sicher erfasst werden und im Interesse aller ehrlichen Steuerzahler selbst dann besteuert werden können, wenn sie vom Kontoinhaber nicht deklariert wurden. So wird es in Zukunft immer schwieriger, Steuerschlupflöcher zu nutzen.

Die „Multilaterale Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten“ bedarf der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Daher stellte Bundesfinanzminister Schäuble an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag in der Regierungserklärung „Verbesserter automatischer Informationsaustausch – Einigung auf wirksamere Regeln zur Bekämpfung von Steuerflucht“ die von 52 Staaten und Gebieten unterzeichnete Vereinbarung vor, nach der die Steuerbehörden ab 2017 wichtige Konto- und Steuerdaten untereinander in einem automatisierten Verfahren austauschen werden.

„Das ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen internationale Steuerhinterziehung“, stellte der Finanzminister fest. Die Länder, die sich an dem Informationsaustausch beteiligen, „stehen als Fluchttort für Kapitalvermögen nicht mehr zur Verfügung“, freute sich Schäuble und sagte: „Steuerhinterziehung wird unattraktiver.“

Er kündigte an, dass sich bis zu 100 Staaten, darunter auch die Schweiz, der Vereinbarung anschließen würden. Damit würden im Ausland lagernde Kapitalvermögen einer Besteuerung im Inland zugeführt. Besitzer großer Vermögen dürften sich nicht der Besteuerung entziehen können. Angesichts von Steuergestaltungsmöglichkeiten von internationalen Konzernen, die Patente und Lizenzen in steuergünstige Länder auslagern, sagte der Minister, es sei einiges erreicht worden, um die Möglichkeiten multinationaler Unternehmen zur „kreativen Steuergestaltung“ zu begrenzen. Ziel sei es, konzerninternen Verrechnungspraktiken entgegenzuwirken, mit denen Gewinnkürzungen oder -verlagerungen vorgenommen werden, um die heimische Steuerschuld zu mindern.

Schäuble verteidigte allerdings die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige. Das Thema wird besonders wegen einiger prominenter Fälle heftig diskutiert: Inwieweit soll es möglich sein, bei der Steuer nicht angegebene Kapitalerträge etwa von Schweizer Konten in einer Selbstanzeige nachträglich zu deklarieren und dann straffrei auszugehen?

Die Abgabenordnung eröffnet – in beschränktem Umfang – diese Möglichkeit. Diese als „strafbefreiende Selbstanzeige“ bekannte Regelung soll nach dem Willen der Großen Koalition zwar erhalten, aber eingeschränkt werden. Dazu wird die Abgabenordnung verändert. Der Entwurf sieht vor, die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige im Steuerrecht durch eine längere Verjährungsfrist zu verschärfen. Künftig soll Steuerhinterziehung bei Selbstanzeige erst dann straffrei sein, wenn Auskünfte über die letzten zehn Jahre gemacht wurden – bislang reicht bereits die Auskunft über die letzten zwei Jahre. Neu ist außerdem, dass die zu zahlende Strafe an das Hinterziehungsvolumen gekoppelt wird. Zu Forderungen, nach der Einigung auf den Informationsaustausch die in Deutschland auf Kapitalerträge erhobene Abgeltungsteuer von 25 Prozent durch eine individuelle Besteuerung zu ersetzen, sagte Schäuble, wenn der Informationsaustausch 2017 eingeführt sei, könne man die Argumente überprüfen, aber er rate bis dahin zur Zurückhaltung: „Wenn man den zweiten Schritt vor dem ersten geht, gerät man leicht ins Stolpern.“

ten 🗞️ Kurznachrichten 🗞️ Kurznachrichten 🗞️

Die Maut kommt.

Bundesminister Alexander Dobrindt hat Wort gehalten und noch im Oktober mit dem Gesetzentwurf zur Maut Rahmendaten für die Zukunft der Finanzierung des Erhalts der Infrastruktur in Deutschland durch alle Nutzer vorgelegt. Wie schon im Lastverkehr, werden nun auch im Personenverkehr im Ausland zugelassene Fahrzeuge zur Finanzierung des Erhalts der genutzten Infrastruktur hinzugezogen, und zwar mit bis zu 130 Euro pro Jahr, dem Preis einer Jahresnutzungsgebühr.

Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass dabei kein Halter eines in Deutschland zugelassenen Fahrzeuges schlechtergestellt wird – die neue Straßennutzungsgebühr wird für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge mit der Kraftfahrzeugsteuer verrechnet. Dass dieses Modell keinen EU-Bürger benachteiligt, hat die Europäische Kommission bereits angedeutet, selbst wenn sie die neue Regelung im Detail noch abschließend prüfen muss.

Die neue Pkw-Maut belastet den kleinen Grenzverkehr nicht, da sie für außerhalb Deutschlands zugelassene Pkw nur für Autobahnen anfällt. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) weist nach, dass die Maut darüber hinaus weitere Mittel für den Erhalt unseres Fernstraßennetzes erbringen wird – mit voraussichtlich 500 Millionen Euro pro Jahr ab 2016. Diese Mittel gehen zusätzlich, nach Abzug der Erhebungskosten, zweckgebunden in den Verkehrshaushalt.

Anders als bisher diskutiert, wird die Maut nicht über einen Vignetten-Aufkleber nachgewiesen, sondern elektronisch mit dem Kennzeichen verknüpft. Die Kontrolle, bei der der Datenschutz gewährleistet bleibt, soll automatisch erfolgen. Anlässlich der Kritik des baden-württembergischen Verkehrsministers Winfried Hermann an Dobrindts Mautplänen warf die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Hermann Versagen in Bezug auf die Vertretung der Interessen Baden-Württembergs in Berlin vor. „Es war die Landesgruppe der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten, die in vielen intensiven Gesprächen mit Bundesminister Dobrindt erreicht hat, Schaden insbesondere für die Grenzregionen unseres Landes abzuwehren.“, so Strobl. Besonders die Regionen zu Frankreich und zur Schweiz hätten unter den ursprünglichen Mautplänen, in denen auch Landes- und Kreisstraßen einbezogen waren, erhebliche Nachteile gehabt. „Das haben ganz alleine wir verhindert. Vom baden-württembergischen Verkehrsminister war da weit und breit nichts zu sehen oder zu hören.“

Bundestag beschließt Elterngeld Plus

Über eine flexible Kombinationsmöglichkeit aus Elterngeld, Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus berieten die Abgeordneten an diesem Freitag entsprechend einem Regierungsentwurf zum Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen Eltern das Elterngeld Plus bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit doppelt so lange nutzen können wie das bisherige Elterngeld. Bislang ist eine Kombination aus Elterngeld und Teilzeit zwar auch schon möglich, der Lohn aus der Teilzeitbeschäftigung mindert jedoch die Höhe des ausgezahlten Elterngeldes, ohne dass sich deshalb die Bezugsdauer verlängert. Zudem soll ein Partnerschaftsbonus eingeführt werden.

So soll sich die Bezugsdauer des Elterngeldes Plus um vier Monate für jeden Elternteil verlängern, wenn beide pro Woche 25 bis 30 Stunden arbeiten. Elterngeld, Elterngeld Plus und der Partnerschaftsbonus sollen sich zudem kombinieren lassen. Insgesamt soll die maximale Bezugsdauer des Elterngeldes Plus bei 28 Monaten liegen. Das bisherige Elterngeld kann maximal 14 Monate bezogen werden.

Auch die Elternzeit soll flexibler gestaltet werden. So sollen Eltern wie bisher bis zum dritten Geburtstag des Kindes eine unbezahlte Auszeit aus dem Berufsleben nehmen können. Zudem soll zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes eine Auszeit von bis zu 24 Monaten möglich sein. Diese 24 Monate sollen dann in drei statt wie bisher zwei Abschnitte aufgeteilt werden können.

25 Jahre Mauerfall - „Wir sind das Volk“

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages gedachten an diesem Freitag des Falls der Berliner Mauer. Vor 25 Jahren haben die Menschen in Ostdeutschland mit ihrem Mut und ihrer Leidenschaft die friedliche Revolution eingeleitet, die schließlich am 9. November 1989 zum Fall der Berliner Mauer führte. DDR-Bürger gingen unter anderem in Leipzig, Dresden, Magdeburg, Rostock, Chemnitz auf die Straßen, um für Freiheit, Demokratie und ein besseres Leben einzutreten und sie mit ihren

Rufen: „Wir sind das Volk“, zu füllen. Die Demokratie setzte sich nach wochenlangen Protesten gegen das DDR-Regime durch.

Die Debatte würdigt die Anstrengungen gegen das DDR-Unrechtsregime und die Entschlossenheit und Courage der Bürger, die ihre Freiheit und Unversehrtheit auf dem Weg zur Wiedervereinigung geopfert haben. Auf die friedliche Revolution und den Fall der Mauer folgte der Ruf nach der deutschen Wiedervereinigung: „Wir sind ein Volk“, die sich im Folgejahr, am 3. Oktober 1990, anschloss und nach über 40 Jahren die Teilung Deutschlands beendete. Die CDU/CSU-Fraktion würdigt die 25 Jahre in Freiheit außerdem mit einer eigenen Sonderseite im Web zum Mauerfall und der Twitter-Kampagne #wowarstdu.

Zitate

«Die Mauer wird auch in 50 oder 100 Jahren noch bestehen.»

(DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker am 19. Januar 1989)

«Ich weiß ja, dass die, die sich Linke nennen, nicht links sind, auch nicht rechts, sondern reaktionär, dass diejenigen, die hier sitzen, der elende Rest dessen sind, was zum Glück überwunden ist.»

(Liedermacher Wolf Biermann am 7. November 2014 im Deutschen Bundestag zur Fraktion der LINKEN)